

# Neueste Nachrichten

## halesche Neueste Nachrichten • handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Neueste Nachrichten“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2,00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis 10,00 Reichsmark. Der jährliche Preis 20,00 Reichsmark. Die Postgebühren sind in der Preisangabe enthalten. Die Druckerei ist in Halle am Markt 10. Die Redaktion ist in Halle am Markt 10. Die Geschäftsstelle ist in Halle am Markt 10. Die Anzeigenpreise sind in der Preisangabe enthalten. Die Druckerei ist in Halle am Markt 10. Die Redaktion ist in Halle am Markt 10. Die Geschäftsstelle ist in Halle am Markt 10.

### Neues in Kürze.

**Stahlmehlmüllern und Radiotelegramme.**  
In Düsseldorf begann unter starker Beteiligung an allen Gegebenen des Reichs die große Rheinlandtagung der deutschen Volk- und Zeitungsbekannteten. Reichstagsminister Strauß hielt eine längere Ansprache über die Lage der deutschen Industrie während der Besetzung und über Beamtenbeschäftigungsfragen.

Aus Anlaß der 450jährigen Gründungsfeier der Stadt Neuß sollte auf dem Marktplatz ein Festspiel: „Die Not von Neuß und ihr Ende“, das Bildnis aus der Belagerung im Jahre 1474/75 zeigt, aufgeführt werden. Die Festspielgesellschaft hat namentlich die Aufführung unter freiem Himmel verordnet. Das Spiel wird daher im Zeughausaal zur Aufführung gelangen.

Unter der Devise „Not in Not“ haben sämtliche deutsche politischen Parteien des Reichstags am nächsten Dienstag eine öffentliche Preisverlosung gegen die jüdische Unterdrückung einberufen.

Nach einer Berliner Meldung hat der frühere Reichsanwalt Dr. Wittich am Sonntagabend seine Amicitieareise angetreten.

Die holländische Regierung unterläßt den Brüdern Barma die Erlaubnis die Grenze in Holland. Ueber die Barma'schen Angelegenheiten in der Niederlande ist bereits seit Wochen auf Verlangen der holländischen Gläubiger das Verwaltungsverfahren verhängt worden.

Es ist interessant festzustellen, daß die Barma's, die vor der Antarktisreise in den Antarktisländern, und auf deren Versehen nach dem V. Str. G. B. Aufnahme suchten, von der deutschen Regierung Aufnahme nach Holland erhalten konnten. Einer der Brüder weilt jetzt in Polen.

### Keine Einigung in der Juristenkonferenz.

#### Amerika und die allgemeine Abrüstung.

Die Londoner Juristenkonferenz über den Sicherheitspakt ist am Sonnabend beendet worden. Der deutsche Vertreter Dr. Gauß wird sich noch einige Tage in London aufhalten, um andere Besprechungen zu erledigen. Er dürfte Mitte nächster Woche in Berlin eintreffen und dann mit dem Reichsminister zu seinem Bericht Stellung nehmen können.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen wird sehr widersprechend berichtet, doch dürfte den Meinungen der Londoner „Morningpost“, „Times“ und „Daily Mail“ Glaube zu schenken sein, wonach das volle Ziel der Konferenz nicht erreicht ist. Ob die auf der Konferenz erzielte Annäherung genügend ist, so schreibt die „Times“, den Vertrag in naher Zeit zum Abschluß zu bringen, hängt jetzt von den endgültigen Beschlüssen des Berliner Kabinetts ab.

Die „Daily Mail“ schreibt, daß die Londoner Juristenkonferenz noch keine Garantie zugunsten Englands gebracht hat. Die ganze Lage sei über den engen Rahmen einer Vorbesprechung überhaupt nicht hinausgekommen, der Inhalt der vorgelegten Patente sei völlig in der Schwärze geblieben.

#### Coolidge zum Sicherheitspakt.

Zuförderndlich interessiert und bezüglich der Schwierigkeit der Verhandlungen ist eine Meldung des Pariser „Temps“ aus Washington, der zufolge Präsident Coolidge die Ansicht vertritt, man werde bezüglich des Sicherheitspaktes erst zu einer Verständigung kommen, wenn eine Abrüstungskonferenz stattgefunden hätte.

Trifft diese Nachricht zu, so würde sie bedeuten, daß Amerika entgegen den bisher erklärten Absichten jetzt doch in der Sicherheitspaktfrage Stellung nehmen und, wie es von deutscher Seite wiederholt betont ist, die Abrüstungsfrage mit der Sicherheitsfrage verknüpfen will. Das würde ein wesentlicher Fortschritt zu unseren Gunsten sein.

#### Vorläufig noch keine Außenministerkonferenz.

Entgegen englischen und französischen Meldungen, daß schon im September eine Zusammenkunft der drei Außenminister stattfinden würde, wird von deutscher Seite er-

### Ein Arbeiter

#### über Wirtschaftskrise und rote Gewerkschaften.

Die Arbeiterkraft selbst hat, so lange sie gewerkschaftlich organisiert ist, nichts zu sagen, da die „Bözen“ nur allein machend sind. Es werden wohl Massenverhaftungen einberufen, jedoch werden die Bözen immer, die Masse jugendlich zu beeinflussen, so daß nichts anderes herauskommen kann, als was die Bevölkerung wollen.

So hat also eine Handvoll Bözen die Macht, die Wirtschaft und mit ihr die Arbeiterkraft das ganze Volk in den Abgrund zu stürzen, und — unsere Wirtschaft in rauchende Trümmer zu verwandeln, angeblich „zum Wohl der Arbeiterkraft“!

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren einen erheblichen Teil ihrer Anhänger verloren, weil die unkluge Lohnkampfpolitik nicht mehr mitmachen wollte. Wahrscheinlich wurde der Anhängerverlust immer größer, und die Gewerkschaften können sich nicht schämen, so daß sie sich veranlaßt fühlen, „auf's Ganze zu gehen“!

Schnell wird eine Wirtschaftskrise konstatiert, um die Arbeiterkraft in Not und Elend zu stürzen, womit sie denken, die verlorenen Schäfchen wieder an sich zu ziehen.

Aber auch noch eine andere Gefahr besteht für die Gewerkschaften. Wir haben jetzt einer geräumigen Zeit eine Rechtsregierung, welche bemüht ist, unsere Wirtschaft zur Geländung zu verhelfen, wie sie auch bemüht ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterkraft zu verbessern. Wenn sie ernsthaft befreit ist, die Lebenshaltungskosten herabzubringen. Wenn nun die wirtschaftliche Lage der Arbeiterkraft durch die Rechtsregierungen verbessert wird, so könnte das der Tod der Gewerkschaften und somit der Sozialdemokratie sein. Und — die Gewerkschaften und Parteiführer herbeizurufen, für welches sie so gut wie nicht arbeiten brauchen, könnte ein jähes Ende finden. Um dies zu verhindern, wollen diese sozialdemokratischen Herrschaften

In Verbindung mit dem Streik, der sich im Anlaß an die Barma'sche Affäre über die Tätigkeit der Gerichts-Ärztinnen ausbrach und Gelpow einerseits und des Leiters der Berliner Kriminalpolizei andererseits entzündet hatte, war gegen Regierungsdirektor Weich als Chef der Kriminalpolizei eine Strafanzeige wegen Mißbrauchsauslassung erlassen worden. Der Generalstaatsanwalt hat namentlich die Einleitung des Verfahrens gegen Direktor Weich verurteilt — folgte nur endlich auch die Strafanzeige gegen Leopold und Badmeister, die beide Herren fordern, damit alle Beteiligten die Uebereinstimmtheit des Justizministeriums öffentlich gestützt werden?

Die kommunistische Jugend sollte auf Befehl von Moskau eine große Demonstration in Warschau veranstalten und zugleich Plakate mit kommunistischen Inhalt in den Straßen anbringen. Die Polizei bereitete jedoch die Demonstration in dem Maße in der Nacht zum Sonntag zu Massenverhaftungen über. Im ganzen sind über einhundert kommunistische Führer verhaftet worden.

Die Kommunisten haben in Regau mehrere Affären als verübt. Am Sonntag hat die Polizei die Grenze in Richtung auf Regau geschlossen. Der erste Anzug des russischen Konsulates ist bisher nicht freigelassen worden.

In den französischen Verbotsmaßnahmen nehmen als zunächst 1. von der französischen Regierung einlaufende polnische Generale teil.

In Werlebach (Hof-Postfahnen) hatten die französischen Kommunisten eine große Demonstration gegen den Marschall geplant, an der auch eine große Zahl fanatischer Kommunisten teilnehmen wollten. Französische Gendarmen „teilten“ in der ersten die Saarländer jedoch am Grenzübertritt.

In Paris wurden 2 Mitglieder des kommunistischen Jugendbundes wegen antimilitärischer Propaganda zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ueber Luxemburg kreuzten französische Flugzeuge und warfen in deutscher und französischer Sprache abgedruckte Flugblätter ab, in denen zur Zeichnung der französischen Anleihe eingeladen wird. — Es muß recht lustig um die französische Anleihe stehen!

Nach B-entladung einer aus allen europäischen Ländern in den besetzten Belgienkonferenz in Scarborough leitete der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cool mit, daß die Konferenz den Entwurf zu einem neuen Bündnis der Belgier, Polen, Rumänien, Frankreich und die Sowjetunion einmütig angenommen habe. Bei dem Entwurf ist eine Erklärung an die Welt über das gemeinsame Bündnis mit beiliegend.

Zur Unterstützung der englischen Ansprüche auf die Westküste hat die englische Mittelmeerflotte von allen türkischen Häfen große Demonstrationen vorgenommen.

Die Türkei hat in London gegen die englischen Forderungen Demonstrationen protestiert erhoben. Das englische Auswärtige Amt hat den Protest prompt für unbegründet erklärt.

#### Coolidge zum Sicherheitspakt.

Zuförderndlich interessiert und bezüglich der Schwierigkeit der Verhandlungen ist eine Meldung des Pariser „Temps“ aus Washington, der zufolge Präsident Coolidge die Ansicht vertritt, man werde bezüglich des Sicherheitspaktes erst zu einer Verständigung kommen, wenn eine Abrüstungskonferenz stattgefunden hätte.

Trifft diese Nachricht zu, so würde sie bedeuten, daß Amerika entgegen den bisher erklärten Absichten jetzt doch in der Sicherheitspaktfrage Stellung nehmen und, wie es von deutscher Seite wiederholt betont ist, die Abrüstungsfrage mit der Sicherheitsfrage verknüpfen will. Das würde ein wesentlicher Fortschritt zu unseren Gunsten sein.

### Deutsche Wädellosigkeit!

#### Frankreichs Antwort.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, hatte gestern nachmittag eine deutsche Abordnung einen Kranz auf dem Grab des unbekanntenen Soldaten in Paris niedergelegt. Der Kranz war mit zwei Bändern in den Farben schwarz-rot-gold schmückt. Das eine trug in französischer Sprache die Aufschrift: „Dem unbekanntenen Soldaten die Friedenssoldaten.“ Das andere stand in deutscher Sprache: „Deutsche Liga für Menschenrechte.“

Stets wird noch berichtet, am Nachmittag begab sich eine Abordnung der ehemaligen Frontkämpfer zu dem zukünftigen Polizeikommissar und erhob energischen Protest gegen das Vorhandensein eines deutschen Kranzes. Auf der Polizei wurde der Abordnung verweigert, daß die Kranzniederlegung ohne Kenntnis der Polizei geschehen ist. Es sei bereits vom Polizeipräsidenten entschieden worden, daß der Kranz verworfen werde. Bei Nacht entfernte dann die Polizei die Bänder und heute vormittag wird auch der Kranz verschwunden sein.

### Grenzverletzung durch polnische Kavallerie?

Die „Königsberger Zeitung“ meldet, daß am Mittwoch ein polnischer Offizier mit zwölf Mann bei Friedland in Preußen ungefähr 15 Kilometer weit in preussisches Gebiet geritten sei. Außerdem habe in der vergangenen Woche eine kleinere Truppenabteilung in zwei aufeinanderfolgenden Tagen in der Gegend von Malbin im Besitze Friedlands die Korridorzone übergriffen. Es handelt sich um Kavalleriepatrouillen, die einmal in Stärke von sechs, das andere mal in Stärke von elf Mann etwa ein Kilometer weit über die Grenze nach Osten ritten, dort Leubungen veranstalteten und nach einem einwöchigen Aufenthalt auf beidseitigen Boden wieder über die Grenze zurückkehrten. Da die Grenzübergriffe sich in der Nähe des Raumes Sühm — Marienwerder abspielten, in dem augenblicklich die österreichischen Abwehr abgelehnt werden, so setzen die Zwischenfälle nur als Manöverproben oder als Provokation aufzufassen.

Dazu wird aus Königsberg nunmehr gemeldet: Den Meldungen von Grenzverletzungen durch polnische Kavallerie in den letzten Tagen wird hier keine ernsthafte Bedeutung beigemessen. Zu den Gerüchten über neue Grenzverletzungen durch polnische Kavallerie in der Nähe von Friedland wird weiter bekannt, daß es sich wahrscheinlich nur um einen Fall, und zwar auch in diesem Fall nicht um reguläres polnisches Militär gehandelt hat, sondern um Reittroop eines polnischen Gutes, die beim Einlaufen entlaufener Jöhlen die Grenze übergriffen haben.

Andereorts wird uns aus Berlin gemeldet: Hinsichtlich der polnischen Grenzverletzungen gegen Preußen ist der deutsche Grenzschutz bisher bereits gestern mit Vorlesungen der polnischen Regierung beauftragt worden. Der Landrat des Kreises Marienwerder ist auf dem Wege über die preussische Regierung am gemeinsamen Festhalten der Grenzlinie ersucht worden. Nach neueren Meldungen ist die polnische Kavallerieabteilung etwa eine halbe Stunde weit in preussisches Gebiet hineingeritten, trotz der Proteste der Grenzbeamten. Es scheint nun also entgegen den Besöhnungsversuchen aus Königsberg doch um durchaus ernste Grenzverletzungen zu handeln.

### Spanische Niederlage in Marokko.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Tanger: Am unterbrochenen lauten Bewusstseins von der spanischen Front ein. Mexiko ist von einem Vorstoß der Kräfte bedroht. Die spanische Front mußte in den letzten Tagen um 50 Kilometer zurückverlegt werden. Eine gewisse Schwächung der in der letzten Nummer gemeldeten Schwermertigen auch von der französischen Front bringt das Pariser „Journal“. Es meldet: Der Beginn der großen Offensive gegen Marokko wurde um einige Tage verlegt. Die marokkanischen Regimenter hätten nicht den Erwartungen entsprochen. Jeweils liegt Bericht zugunsten der Kräfte vor. Die Londoner „Daily News“ berichtet aus Tanger: Am Vorabend der gemeinsamen französisch-spanischen Offensive haben die Streitkräfte Abd el Krims an zwei Fronten angegriffen. Beni Karzir, neun Meilen von Tetuan entfernt, ist belagert worden und in Tanger erhält sich das Gewicht, das es gefallen ist. Die spanischen Verluste bei Beni Karzir werden als sehr gering gemeldet. Aus dem Ort der Lage wird kein Geheimnis gemacht. Es beginnt zu ausscheiden, als ob die lang erwartete allgemeine Offensive bis auf nächstes Jahr verschoben werden muß.

### Rußland schützt die Türkei.

In einer Note an die persische Regierung teilt die sowjetrussische Gesandtschaft mit, daß die von den Persern entfaltete türkenfeindliche Propaganda im neuen Osten große Bemühungen hervorrufen könne. Die Sowjetregierung sieht Moskau als türkisches Gebiet an und hält es für ihre Pflicht, die Türkei bei ihren Bestrebungen, Moskau zurückzuführen, zu unterstützen.

Diese Note hat große Empörung in persischen Militärkreisen hervorgerufen, da diese Militärs unter englischem Einfluß stehen.

### Zum Wirtschaftskrieg mit Polen.

In dem deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg ist die erwartete Entspannung bis heute nicht eingetreten. In Berlin liegen Meldungen aus Warschau vor, wonach der polnische Kabinetsrat beschloß hat, von den Bedingungen hinsichtlich des ostoberberischen Kohlenkontingents nicht abzugeben.

Wie hiernach die in der neuen Woche wieder beginnenden Verhandlungserwartungen zu einem Erfolg kommen sollen, ist in Berlin selbst ein Rätsel.

### Ein Arbeiter

Die Gewerkschaften hatten einen klaren Schlag ausgeübt. Sie hatten nur einen Teil der Arbeiterkraft in den Streik geholt, und der noch arbeitende Teil der Arbeiterkraft sollte nun tüchtig Gelder abführen, damit sie den Streik recht lange finanziert könnten. Denn ein allgemeiner Streik, der etwas zu lange dauerte, könnte die Gewerkschaften, so jetzt auch nicht viel drin sein, zu sehr schwächen, so daß schließlich die Bözen gebalter in Frage kämen. Das ist nämlich keine empfindliche Stelle. Daher ist es in letzter Minute doch noch zur Einigung kommen. Denn das Gehalt wollen die Bözen unter keinen Umständen einbüßen, auch nicht, wenn die Arbeiter streiken müssen, denn sie selbst wollen die Not nicht zu sich selbst bekommen. Über den Streik abblenden, auch wenn nichts anderes erreicht worden ist als Streikfeld in allen Arbeitsstätten.

